

Politische Mitbestimmung von Frauen in ländlichen Regionen : empirische Befunde aus Österreich

Autor(en): **Oedl-Wieser, Theresia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Yearbook of socioeconomics in agriculture : Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie = économie et sociologie rurales**

Band (Jahr): - **(2010)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-966663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Mitbestimmung von Frauen in ländlichen Regionen – Empirische Befunde aus Österreich

Theresia Oedl-Wieser, Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Abstract

Die politische Partizipation von Frauen in ländlichen Regionen ist in vielen europäischen Ländern deutlich niedriger als jene von Männern. Die Gründe für diese Unterrepräsentanz werden durch sozioökonomische und institutionelle Faktoren sowie durch die politische Kultur eines Landes erklärt. In den ländlichen Regionen in Österreich ist die politische Kultur sehr männlich geprägt, wie die geschlechterspezifische Verteilung im politischen Mehrebenensystem darlegt. Auch im Bereich der ländlichen Entwicklung und der Agrarpolitik ist die politische und institutionelle Verflechtung vor allem männlicher Akteure deutlich sichtbar. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse einer österreichweiten Befragung von politisch aktiven Frauen in ländlichen Regionen präsentiert, in der es um die Einschätzung von fördernden und hemmenden Faktoren für ein verstärktes politisches Engagement von Frauen geht. Darauf aufbauend werden Schritte für eine stärkere politische Mobilisierung von Frauen diskutiert.

Key words: politische Unterrepräsentanz, Frauen, politische Gestaltung, ländliche Regionen

JEL Klassifikation: R 58

1. Einleitung

Ländliche Regionen sind vielfältig strukturierte Räume mit unterschiedlichen wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen, kulturellen und naturräumlichen Potentialen. In Österreich sind etwa 91% des Staatsgebietes ländlich geprägt und rund 75% der Bevölkerung leben im ländlichen Raum¹. Mit dem EU-Beitritt Österreichs (1995) bekam die EU-Strukturpolitik in den ländlichen Regionen eine große Bedeutung und seit den 1990er Jahre verlagern sich zunehmend mehr Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen auf die regionale Ebene (Resch und Dax 2009, 163). Im Zuge von „regional governance“² wurden zahlreiche neue intermediäre Strukturen wie etwa Regionalmanagements aufgebaut und es entstanden in dieser Zeit auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen. Aus Geschlechterperspektive ist zu fragen, inwieweit Frauen in diese politischen Gestaltungsprozesse im Rahmen der ländlichen Entwicklung und im Agrarbereich involviert sind. In Österreich sind es meist männliche politische und administrative Akteure, die über die Ausrichtung der lokalen und regionalen Entwicklungsstrategien sowie über die Förderprogramme bestimmen. Sie entscheiden damit auch über den Zugang von Frauen und Männern zu Ressourcen in den ländlichen Regionen.

Aber auch in vielen anderen europäischen Ländern wird das staatsbürgerliche Recht der aktiven politischen Mitbestimmung von Frauen in ländlichen Regionen in einem viel geringerem Maße wahrgenommen als von Männern³. Diese Unterrepräsentanz von Frauen in der politischen lokalen und regionalen Öffentlichkeit wird im wissenschaftlichen

¹ OECD-Typisierung: je nach Bevölkerungsdichte werden drei Typen von Regionen unterschieden – überwiegend städtisch, überwiegend ländlich und maßgeblich ländlich. Eine Region gilt demnach als überwiegend ländlich, wenn 50 % ihrer EinwohnerInnen in ländlichen Gemeinden leben, als überwiegend städtisch, wenn dies für weniger als 15 % zutrifft und als maßgeblich ländlich, wenn zwischen 15 und 50 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden angesiedelt sind (OECD 1994; BMLFUW 2007, 5-6).

² Regional Governance bezeichnet „schwach institutionalisierte, eher netzwerkartige Kooperationsformen regionaler Akteure für Aufgaben der Regionalentwicklung“ (Heintel 2006, 347).

³ Diese geschlechterspezifisch unterschiedliche Partizipation auf lokaler und regionaler Ebene belegen zahlreiche Studien aus Mittel- und Westeuropa: Shortall 2006, Bock und Derksen 2008, bmfsfj 2008, Siebert 2009, Oedl-Wieser 2008a.

und politischen Diskurs immer vehementer als Demokratiedefizit und Potenzialvergeudung thematisiert. Worin liegen nun die Gründe für diese demokratie- und gleichstellungspolitisch bedenkliche Situation? Was hält Frauen davon ab, sich vermehrt politisch zu engagieren? Sind Frauen weniger an Politik interessiert als Männer oder gibt es gesellschaftliche und strukturelle Barrieren, die dies verhindern? Welche Konsequenzen hat die geringe politische Gestaltungsmacht der Frauen in weiterer Folge für die Regionen selber?

Im folgenden Beitrag werden die Rahmenbedingungen für politisches Engagement in ländlichen Regionen in Österreich erläutert und die Gründe für die deutlich niedrigere Partizipation von Frauen in den politisch-institutionellen Entscheidungsstrukturen analysiert. In einem ersten Schritt werden theoretische Erklärungsansätze für die im Vergleich zu Männern geringe politische Beteiligung von Frauen vorgestellt. Darauf folgt eine kritische Bestandsaufnahme der geschlechterspezifischen Verteilung politischer Positionen im räumlichen Mehrebenensystem in Österreich mittels quantitativer Analyse. Insbesondere wird dabei auf die Situation in der ländlichen Entwicklungspolitik resp. Agrarpolitik sowie auf die neuen intermediären regionalen Strukturen eingegangen. Im Anschluss werden die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von politisch aktiven Frauen in ländlichen Regionen präsentiert. Ziel dieser Studie war es, fördernde und hemmende Faktoren für ein verstärktes politisches Engagement von Frauen in ländlichen Regionen zu erfassen. Abschließend wird diskutiert, wie konkrete Schritte zur politischen Mobilisierung und „Ermächtigung“ von Frauen in ländlichen Regionen aussehen könnten.

2. Geschlechterspezifische Implikationen in ländlichen Lebensräumen

Um als BürgerIn das politische und gesellschaftliche Leben aktiv mitzubestimmen, ist die Verfügbarkeit über Ressourcen unterschiedlichster Art eine wesentliche Voraussetzung. Bourdieu (1983) spricht davon, dass in den Raum geschlechterspezifische Hierarchisierungen eingeschrieben sind, wonach Frauen aufgrund ihrer benachteiligten gesellschaftlichen Position und der damit verbundenen eingeschränkten Verfügung über diverse Kapitalien weniger Möglichkeiten und Macht haben, sich an der Gestaltung und Produktion von Raum zu beteiligen. Sowohl

die materielle als auch die symbolische Aneignung des Raumes hängen nach Bourdieu von der Verfügung über ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital ab.

Im Allgemeinen gibt es in Österreich einen breiten gesellschaftlichen Konsens, die Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen zu wollen. Deren Verwirklichung ist jedoch regional unterschiedlich weit fortgeschritten, wie der jüngst publizierte Frauenbericht (BKA 2010) ausweist. Die persönliche Entfaltung von Frauen ist eng verknüpft mit der Möglichkeit, eine gute Ausbildung zu absolvieren und ein eigenständiges Einkommen zu erwirtschaften. So zeigen die Ergebnisse des Frauenberichts, dass die Abwanderung von Frauen aus ländlichen Regionen in die Städte im Alter von 18-26 Jahren am häufigsten ist. Dies ist zum Teil ausbildungsbedingt, wird aber auch durch die Abwanderung von hoch qualifizierten Frauen aus ländlichen Regionen mangels Beschäftigungsmöglichkeiten begründet. Weiters nimmt die geschlechterspezifische Disparität bei den Einkommen in Gemeinden mit steigender Agrarquote zu. Darüber hinaus zeigen sich starke Benachteiligungen hinsichtlich der Kinderbetreuung. Während in der Bundeshauptstadt Wien neun von zehn Einrichtungen mindestens acht Stunden täglich geöffnet haben, stehen in vielen ländlichen Regionen drei Viertel der Kindergärten weniger als acht Stunden pro Tag zur Verfügung (BKA 2010, 293).

Diese Fakten verdeutlichen, dass sich die Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern in ländlichen Regionen oft sehr stark unterscheiden hinsichtlich des Eingebunden-Seins in die Erwerbs- und Versorgungsarbeit, bei der Qualifikation, beim Arbeitsplatzangebot, bei Einkommen(smöglichkeiten) (Aufhauser et al. 2003; Damyanovic und Wotha 2010). Vielerorts schränkt das Festhalten an starren Geschlechterrollenbildern die Entwicklungsperspektiven für Frauen ein. Aus Geschlechterperspektive ist es daher unumgänglich, vorhandene geschlechterhierarchische Beziehungsmuster in ländlichen Entwicklungsprozessen herauszuarbeiten und die Beseitigung der strukturellen Benachteiligungen für Frauen durch politische Maßnahmen voranzutreiben. Denn die Geschlechterverhältnisse in ländlichen Regionen werden auch sehr stark über Politiken beeinflusst und mitgestaltet, die nicht direkt auf das Geschlecht der Menschen Bezug nehmen, wie etwa die ländliche Entwicklungspolitik und die Agrarpolitik. In der Praxis hat sich gezeigt, dass viele Programme und Maßnahmen, die auf den ersten Blick „geschlechter-neutral“ scheinen, verschiedenste Formen der Un-

gleichheit zwischen Frauen und Männern reproduzieren und/ oder zementieren (EP 2007; Little und Jones 2000). Werden die Betroffenheit und die Mitwirkung von Frauen in ländlichen Entwicklungsprozessen thematisiert, so müssen sowohl die politisch-institutionellen als auch die fachlich-inhaltlichen Rahmenbedingungen und Strukturen analysiert werden.

3. Determinanten für geschlechterspezifische politische Partizipation

Sowohl weltweit als auch in Europa ist die mittelmäßige bis marginale Beteiligung und Einflussnahme von Frauen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen demokratiepolitisch sehr bedenklich (Fuchs 2008, 539). Gemeinhin wurde angenommen, dass Frauen ein geringeres Interesse an der Politik haben und das Bild der „unpolitischen Frau“ wurde lange Zeit hochgehalten, um die politische Unterrepräsentanz von Frauen zu erklären. Allerdings wurden in der feministischen Politikwissenschaft „individualistische“ Erklärungsansätze für die weibliche Unterrepräsentation in der institutionellen Politik immer als unzureichend kritisiert (Geißel 2004). Es wurden vielmehr komplexe Ursachen analysiert, die einem stärkeren politischen Engagement von Frauen entgegenwirken. Im so genannten „Magischen Dreieck“ werden folgende Faktoren als determinierend dargestellt (Fuchs und Hoecker 2004, 3ff; Westle 2001a, 2001b):

- *sozioökonomische Faktoren: Bildung, Erwerbsarbeit, Arbeitsverteilung, Einkommen, Zivilstand und Zeitverfügbarkeit*
- *die politische Kultur eines Landes: Werte, Einstellungen, Normen über Politik, partizipationshemmende oder –fördernde Sozialisation von Mädchen und Buben*
- *institutionelle Faktoren: Regierungs-, Partei-, Wahlsystem, Karriere-muster oder Nominationspraktiken.*

All diese Faktoren stehen in komplexer Beziehung zueinander, wobei sie im „Magischen Dreieck“ der politischen Beteiligung auf allen Ebenen des politischen Mehrebenensystems – national, regional, lokal – wirksam sind. Darüber hinaus werden im politologischen Diskurs weitere Argumente angeführt, die der politischen Partizipation von Frauen hinderlich bzw. förderlich sind. Aufgrund der Tatsache, dass Frauen viel

weniger häufig in beruflichen und ehrenamtlichen Führungspositionen vertreten sind, ist ihnen der politische Aufstieg bzw. ein politisches Mandat oft verwehrt (Sozialstrukturthese). Weiters wurde festgestellt, dass Frauen in Parteien bewusst von wichtigen Ämtern und Mandaten (old-boys-networks) ausgeschlossen werden (Diskriminierungsthese). Positiv auf eine stärkere politische Repräsentanz von Frauen wirkt sich hingegen die Einführung von (hohen) verbindlichen Quoten in Parteien aus, deren erfolgreiche Umsetzung jedoch von der Akzeptanz durch die Mitglieder abhängt (Holtkamp und Schnittke 2010, 43).

Als 1918 das allgemeine Wahlrecht in Österreich eingeführt wurde, befanden sich unter den Abgeordneten 5,7% Frauen. Fast ein Jahrhundert später können Frauen das Recht auf politische Repräsentation noch immer nicht im gleichen Maße umsetzen wie Männer. Das gegenwärtige politische System in Österreich, das mittlerweile auf eine 80jährige Geschichte formalrechtlicher Gleichheit der Geschlechter zurückblicken kann, ist in seiner Herkunft und in seinem Entwurf eindeutig männlich kodiert. Darüber hinaus waren Frauen immer diejenigen, die erst später „dazu gekommen“ sind und sich an die vorhandenen institutionellen Strukturen in der Politik anpassen mussten. Auch die langjährige korporative Politik hat nachhaltigen Einfluss hinsichtlich der Präsenz und Mitwirkung von Frauen im politischen Prozess (Pelinka und Rosenberger 2003, 68f).

Die jahrzehntelange Marginalisierung von Frauen im politischen Mehrebenensystem führt(e) teilweise zu einer bewussten Ablehnung von Frauen gegenüber historisch männlich geprägten und aktuell männlich dominierten Politikformen. Untersuchungen in Österreich haben belegt, dass Frauen teilweise ein unterschiedliches politisches Partizipationsverhalten zeigen als Männer (Haller 2001). Vor allem jüngere, besser gebildete Frauen fühlen sich von weniger institutionalisierten und vor allem von weniger parteipolitisch ausgerichteten Politikformen stärker angesprochen. Bei diesen Politikformen sind die Schwellen für nicht professionell politisch Arbeitende deutlich niedriger als bei konventionellen Politikformen. Für Frauen sind direkt-demokratische Verfahren deshalb besonders attraktiv, da sie meist ein geringeres bzw. nur ein selbst bestimmtes Zeitbudget beanspruchen. Da in unserer Gesellschaft die Verantwortung für die Versorgungsarbeit in überwiegendem Maße noch immer bei den Frauen liegt, auch wenn sie im Erwerbsleben stehen, verfügen sie auch über sehr geringe Zeitressourcen (Sauer 2003, 10).

4. Politische Präsenz von Frauen im räumlichen Mehrebenensystem in Österreich

Seit dem Jahr 1975 steigt der Frauenanteil im Österreichischen Nationalrat kontinuierlich an und im Jahr 2005 hat er erstmals die kritische Masse⁴ von 33% erreicht. Wie Erfahrungen aus vielen Ländern zeigen, ist dieses Drittel an weiblichen Politikerinnen in Entscheidungsgremien jene Grenze, ab der Frauen stärker Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben mitbestimmen können. Die gesellschaftliche Öffnung in Österreich in den 1970er Jahren durch den Einfluss von zivilgesellschaftlichen Bewegungen wie der Frauenbewegung sowie die Etablierung von neuen Parteien in den 1980er und 1990er Jahren (Grüne, Liberale) und deren hohen Anspruch an Emanzipation und Gleichheit der BürgerInnen, haben die Partizipation der Frauen in der Politik vorangetrieben (Oedl-Wieser 2006).

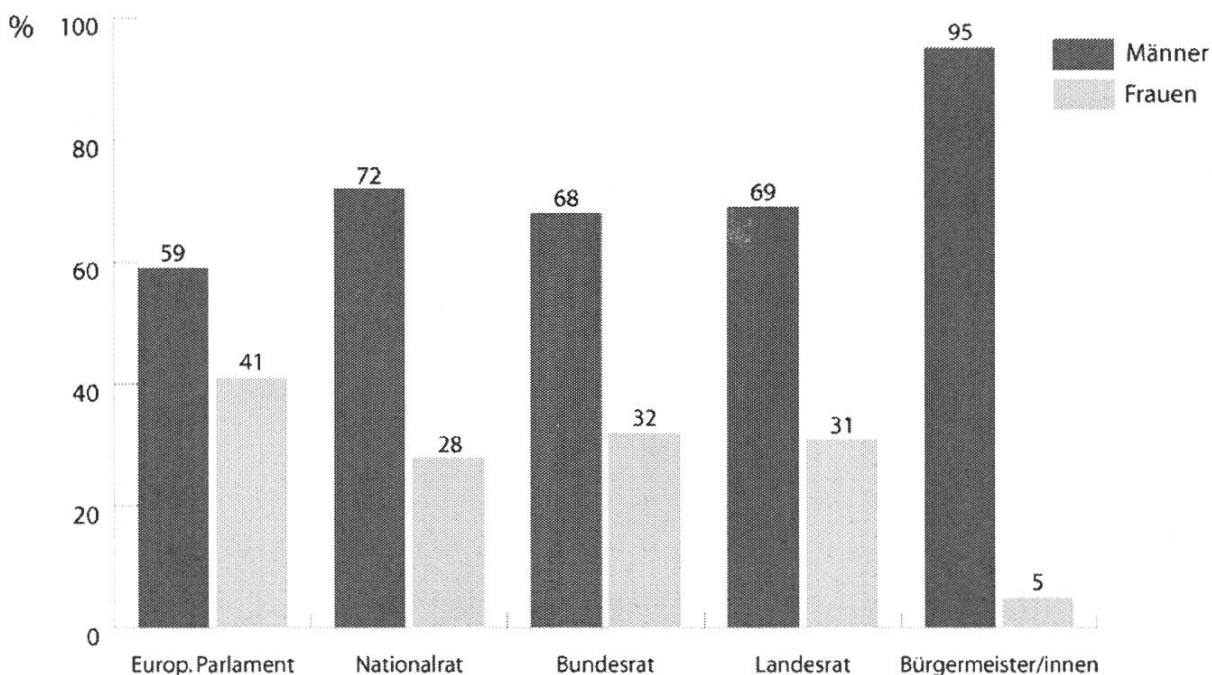
Obwohl Frauen einen Anteil von 51% an der österreichischen Bevölkerung haben, sind sie in der institutionellen Politik noch immer deutlich unterrepräsentiert. Die Nachhaltigkeit des Frauenausschlusses in politischen Institutionen über Jahrzehnte hinweg ist im räumlichen Mehrebenensystem⁵ in Österreich sehr deutlich sichtbar. Wie in Abb. 1 deutlich erkennbar ist, nimmt der Anteil der Frauen in der institutionellen Politik ab, je niedriger die räumliche Ebene ist. Auf nationaler Ebene und auf der Ebene der Bundesländer ist die „kritische Masse“ an politischen Mandatarinnen annähernd erreicht.

Im Nationalrat bewegt sich der Frauenanteil seit 2000 zwischen 28% und 33%. In den Landtagen ist der Anteil der weiblichen Abgeordneten seit 10 Jahren kontinuierlich im Ansteigen und bewegt sich teilweise

⁴ Im Rahmen des critical mass-Ansatzes wird analysiert, ab welcher Schwelle eine numerische Erhöhung von Frauen überhaupt zu qualitativen Veränderungen von Politikinhalt, Strategien zu ihrer Umsetzung oder auch der politischen Kultur führt (Hoecker und Scheele 2008, 15).

⁵ Österreich ist ein föderaler Staat mit neun Bundesländern. Der Nationalrat ist die Abgeordnetenversammlung des österreichischen Parlaments. Er ist mit dem Bundesrat, der die Vertretung der Länder darstellt, zur Gesetzgebung des Bundes berufen. Landtage sind die Landesparlamente der österreichischen Bundesländer.

schon über die 40%-Marke. Bei Betrachtung der lokalen Ebene allerdings wird offenbar, dass der Frauenanteil bei den Bürgermeisterämtern



Quellen: www.parlinkom.gv.at (21.6.2010), Internetseiten der Länder (21.06.2010), Österreichischer Gemeindebund (17.5.2010)

Abb. 1: Partizipation von Frauen im politischen Mehrebenensystem in Österreich 2010

mit 5% (119 in den 2.358 Gemeinden) verschwindend gering ist. Die meisten Bürgermeisterinnen gibt es in Niederösterreich und in der Steiermark, in den westlichen und südlichen Bundesländern ist ihre Anzahl noch sehr niedrig (Oedl-Wieser 2010). Auf diesen Ergebnissen kann geschlossen werden, dass die politische Kultur insbesondere auf lokaler Ebene männlich geprägt ist.

4.1 Beteiligung von Frauen in intermediären Strukturen und ländlichen Initiativen

In Folge des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 hat die Förderung ländlicher Gebiete eine monetäre und politische Aufwertung erfahren (Resch und Dax 2009). Seit den 1990er Jahren gewinnen die Regionen zunehmende Bedeutung als Gestaltungs- und

Entscheidungsebene in Österreich. Im Sinne von „*regional governance*“ – d.h. der „*schwach institutionalisierten, eher netzwerkartigen Kooperationsformen regionaler Akteure für Aufgaben der Regionalentwicklung*“ (Heintel 2006, 347) – wurden zahlreiche neue intermediäre Strukturen aufgebaut. Die Einrichtung von Regionalmanagementstellen und die Bildung von Initiativen im zivilgesellschaftlichen Bereich (Klimabündnis, Lokale Agenda 21) unterstützte und stärkte in vielen ländlichen Regionen die Zusammenarbeit lokaler und regionalen AkteurInnen. Mittlerweile gibt es in Österreich nahezu flächendeckend lokale Aktionsgruppen der EU-Leader-Initiative⁶, die nunmehr im Programm Ländliche Entwicklung integriert ist. In diesen intermediären Strukturen werden weitreichende Entscheidungen für die Lebensqualität und Aufenthaltsqualität der BewohnerInnen in ländlichen Regionen getroffen.

Die Analyse der Entscheidungsgremien in den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) der Leader-Initiative zeigt, dass sich die mangelnde politische Präsenz von Frauen in den Gemeinden auch in diesen regionalen Entscheidungsstrukturen fortsetzt. Auch in der aktuellen Förderperiode (2007-2013) wurden die LAG-Vorstände mehrheitlich mit BürgermeisterIn aus den Gemeinden beschickt. Dies hat zur Konsequenz, dass die Männerdominanz in den Vorstandsgremien auch in der dritten Förderperiode nicht durchbrochen wurde. Darüber hinaus entsenden auch die Institutionen der Sozialpartner in der Region sehr häufig männliche Vertreter in die Gremien (Oedl-Wieser 2008b).

In der aktuellen Förderperiode wurde vom programmverantwortlichen Ministerium BMLFUW⁷ bei der Besetzung der Projektauswahlgremien der LAGs erstmals die Erreichung einer kritischen Masse von Frauen (33%) festgelegt. Wenngleich diese im Österreichschnitt erreicht wurde, so ist doch eine große Schwankungsbreite bei den LAGs festzustellen (7% bis 55%). Erfüllt wurde die Quote vor allem in den neuen LAGs der Förderperiode 2007–2013. In einigen Leader-Regionen wurden in der Phase der Erarbeitung der lokalen Entwicklungsstrategie die Vertrete-

⁶ Leader (Liasion entre actions de développement de l'économie rurale) ist ein EU-Förderprogramm zur Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft, das EU weit nun in die ländlichen Entwicklungsprogramme aufgenommen wurde.

⁷ BMLFUW – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

rinnen von Frauengruppen und –initiativen sowie sozialen Gruppen in der Region aktiv zur Mitarbeit eingeladen, was sich als Ergebnis in der Ausformulierung von Aktionsfeldern, Maßnahmen und Projektvorschlägen hinsichtlich Chancengleichheit niedergeschlagen hat (Oedl-Wieser 2008b). Wenngleich sich auf Ebene der Entscheidungsträger kaum eine Veränderung bei der Geschlechterdisparität ergibt, so zeigt sich auf der Management-Ebene, dass Frauen in größerem Maße Positionen als Geschäftsführerinnen innehaben. So gibt es in der aktuellen Förderperiode in Österreich etwa 40% Leader-Managerinnen. Resümierend muss jedoch festgestellt werden, dass sich die männerdominierten Entscheidungsstrukturen auch nach mehreren EU-Förderperioden stetig reproduzieren.

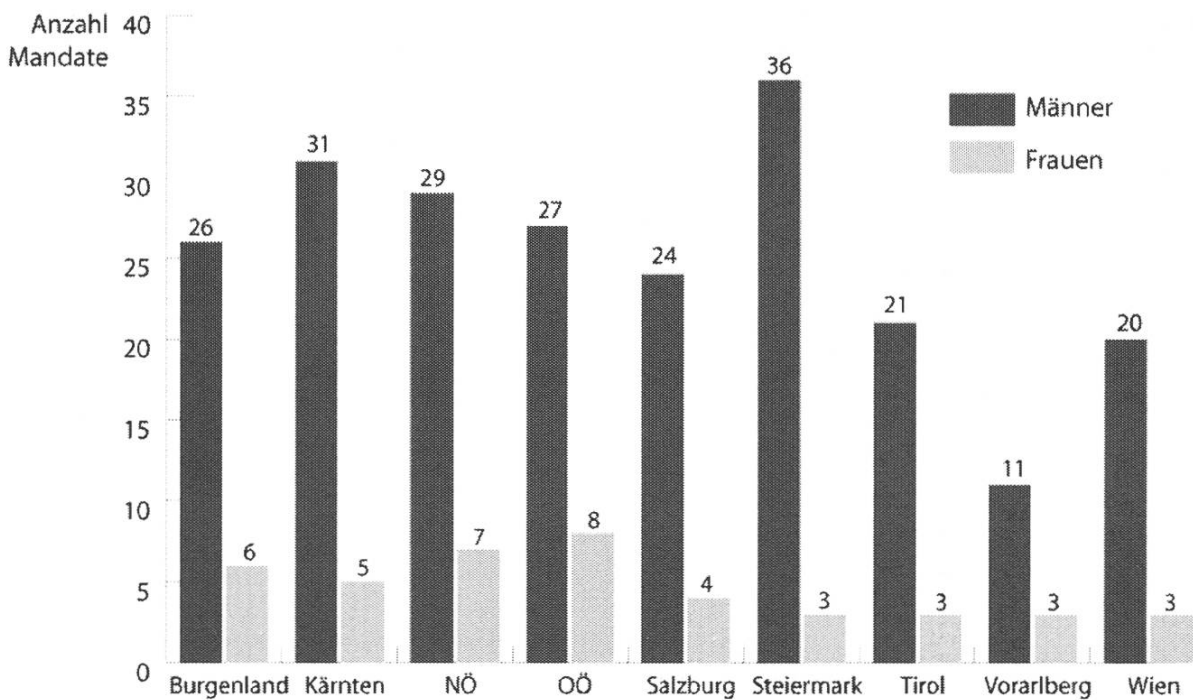
4.2 Auswirkungen des ländlichen Geschlechterregimes für die politische Präsenz von Frauen

Die ländliche Entwicklungspolitik und die (Gemeinsame) Agrarpolitik bestimmen, neben der Wirtschafts-, Regional- und Arbeitsmarktpolitik, in großem Ausmaß die Entwicklung der ländlichen Regionen. Wie oben ausgeführt, wirken Frauen in den politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen bislang viel zu wenig mit. Das führt dazu, dass der politische Diskurs über die ländliche und agrarische Entwicklung aus durchwegs männlicher Sicht geführt wird. Die Strukturen in Politik, Verwaltung und Interessenvertretung in diesen Politikbereichen können somit als Strukturen „hegemonialer Männlichkeit“ (Connell 2006) bezeichnet werden.

Connells zentrale Annahme ist, dass jede Gesellschaft ein hegemoniales Männlichkeitsmuster ausbildet, dem Weiblichkeit und alle anderen Formen von Männlichkeit untergeordnet sind. Dieses Muster beinhaltet spezifische Handlungsweisen, Stilmittel, institutionelle Arrangements und Beziehungsformen. Im Bereich der Ländlichen Entwicklungspolitik und Agrarpolitik ist dieses Muster klar erkennbar. Die enge personelle Verquickung durchwegs männlicher Akteure im Bereich und die über weite Bereiche Abgeschlossenheit des Systems für Frauen, lassen auf diese Zuschreibung schließen (Oedl-Wieser 2006).

So sind etwa in den Vollversammlungen der neun Landwirtschaftskammern derzeit nur 42 der 267 der Delegierten weiblichen Geschlechts

(Abb. 2), obwohl, laut Invekos-Daten⁸ 2009, 39% der österreichischen Betriebe zumindest de jure von Frauen geleitet werden (BMLFUW 2009, 86). Dasselbe Bild zeigt sich in der politischen Vertretung etwa im Nationalrat, wo sich unter den insgesamt 14 Abgeordneten des ÖVP-Bauernbundes nur eine Frau findet⁹. Auch im Raiffeisenverband oder der Bäuerlichen Sozialversicherung überwiegen die männlichen Vertreter. So hat es bislang keine Frau geschafft, in die oberste Führungsebene des wirtschaftlich mächtigen Raiffeisenverbandes vorzudringen.



Quelle: www.lk-austria.at, 2010

Abb. 2: Mandatsverteilung in den Landwirtschaftskammern absolut nach Geschlecht 2010

⁸ Invekos (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) ist ein durch die Europäische Kommission schrittweise eingeführtes System von Verordnungen zur Durchsetzung einer einheitlichen Agrarpolitik in den EU-Mitgliedsstaaten.

⁹ Der Österreichische Bauernbund ist eine Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Die erste weibliche Abgeordnete aus der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft kam 1971 in den Nationalrat (Oedl-Wieser 2006).

5. Befragung von politisch aktiven Frauen in ländlichen Regionen

Haben die bisherigen Ausführungen die starke Unterrepräsentanz von Frauen in der politischen Öffentlichkeit in ländlichen Regionen gezeigt, so werden nun die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von bereits politisch aktiven Frauen in den Bereichen der ländlichen Entwicklungspolitik und der Agrarpolitik vorgestellt. Bei dieser Erhebung wurde von einem weiten Politikbegriff¹⁰ ausgegangen, der auch „unkonventionelle“ Formen politischer Beteiligung miteinschließt. Die Zielgruppen reichten daher von politischen Mandatarinnen bis zu Nichtregierungsvertreterinnen. Auf EU-Ebene wurden österreichische Parlamentarierinnen angeschrieben, die im Agrarausschuss oder im regionalpolitischen Ausschuss vertreten sind. Auf nationaler Ebene waren es Nationalrätinnen und Bundesrätinnen, die mit Agrarpolitik und ländlicher Entwicklungspolitik befasst sind, ebenso die Landesrätinnen auf Landesebene. Weiters wurden Bäuerinnenvertreterinnen auf allen räumlichen Ebenen (Bund, Land, Bezirk) in allen politischen Parteien befragt. Eine weitere Zielgruppe der Befragung waren Frauen, die in ländlichen Initiativen (Leader, Lokale Agenda 21, Dorferneuerung) sowie in NROs engagiert sind. Gerade von diesen Initiativen gehen oft sehr viele Entwicklungsimpulse für die Gemeinden und die Regionen aus.

Insgesamt wurden 598 Fragebögen ausgesendet und es konnten in Summe 42,5% in die Auswertung eingehen. Der Fragebogen enthielt überwiegend geschlossene Fragen mit meist abgestuften Antwortmöglichkeiten. Die Befragten hatten jedoch auch die Möglichkeit, Kommentare zu den geschlossenen Fragen einzubringen. Darüber hinaus wurden offene Fragen gestellt, deren Beantwortung in Form von Zitaten dargestellt wird. Neben dem politischen Werdegang der Befragten und den Reaktionen des sozialen Umfelds auf ihr politisches Engagement war vor allem von Interesse, wie die Befragten die Gründe für die nied-

¹⁰ Der zentrale Slogan der Frauenbewegung „Das Private ist politisch“ fokussierte auf politische Handlungsräume jenseits des Staates und institutionalisierter Politik. Es gingen Überlegungen einher, dass öffentliche Partizipation von Frauen häufig erst durch Veränderung ihrer privaten Lebenssituation, konkret durch eine gerechte Verteilung der Versorgungsarbeit möglich wird. Ein erweiterter Begriff des Politischen sollte neue Handlungsräume für Frauen bzw. Frauenbewegungen erschließen (Ludwig et al 2009, 11; Geißel 2004, 5f).

rige Beteiligungsrate von Frauen in der institutionellen Politik einschätzen. Es wurde aber auch erhoben, wie die befragten Frauen ihren politischen Alltag empfinden und welche positiven und negativen Erfahrungen sie gemacht haben. Da mit der Studie ein exploratives Feld beschritten wurde, waren diese Fragen von besonderem Interesse. Wesentlich waren auch die Einschätzungen über notwendige Eigenschaften und Fähigkeiten für ein erfolgreiches politisches Arbeiten von Frauen und wie etwaige Maßnahmen für eine Erhöhung der Zahl von Frauen in politischen Gremien sowie zur Erleichterung des Zugangs von Frauen zur politischen Tätigkeit von den Befragten bewertet werden (Oedl-Wieser 2006).

5.1 Motivation politisch aktiv zu werden

Die Motive, sich politisch zu betätigen, liegen bei den Befragten vor allem darin begründet, dass sie ihre Region oder ihre Gemeinde aktiv mitgestalten wollen. Eine nicht so geringe Zahl von Befragten wurde von anderen Personen zur politischen Tätigkeit ermuntert oder es gab auch viele Schlüsselerlebnisse, die dazu geführt haben, dass sie ihre politische Tätigkeit aufgenommen haben. Die Analyse der Frage nach dem politischen Engagement in der Herkunftsfamilie zeigt, dass bei knapp 60% der Befragten der Vater bzw. Großvater politisch aktiv war, Mütter hingegen lediglich zu 8%. Aus den Antworten geht klar hervor, dass es in den Familien der Befragten bislang noch nicht sehr viele weibliche Vorbilder für Politikerinnen gibt.

Von den Befragten wird eine Vielfalt von Schlüsselerlebnissen in der Gemeinde oder in der Region geschildert, die dazu geführt haben, dass sie sich politisch engagieren. Einige gaben an, dass die Gründung einer Bürgerinitiative in der Gemeinde etwa bei Bauvorhaben oder die Unzufriedenheit mit der (männerdominierten) Gemeindevertretung der Anstoß für ihr politisches Engagement war.

*„Dass Frauen von Männern nicht immer ernst genommen werden hat mich bewogen politisch aktiv mitzugestalten.“
(FB 71)*

„In der ÖVP [Österreichischen Volkspartei] in B. gab es keine Frau im Gemeinderat.“ (FB 86)

Andere wiederum schildern, dass Themen der Umweltzerstörung und –verschmutzung oder die nukleare Bedrohung (Tschernobyl, Wackersdorf) sie tief betroffen gemacht haben und den Ausschlag für ihr politisches Engagement gegeben haben. Für befragte Landwirtinnen ist das Engagement für Bauern und Bäuerinnen im Allgemeinen und konkret in der Gemeinde sehr wichtig. Aber auch die Erkenntnis, dass man durch Engagement selbst etwas bewirken kann, hat das Interesse an der Politik geweckt.

„Der Ärger mit den Gemeindevertretern und die Hilflosigkeit mancher Bauern, wenn es um einfache Informationen ging, haben mich politisch aktiv werden lassen.“ (FB 158)

„Ich war persönlich Landjugend-Bezirksleiterin und habe gemerkt, dass ich hier etwas bewegen kann!“ (FB 223)

5.2 Politische Karriereverläufe

Die Karriereverläufe in Hinblick auf das politische Engagement der Befragten waren in dieser Erhebung von besonderem Interesse. In Studien wurde nachgewiesen, dass der Gemeinderat vielfach das Sprungbrett

Karriereverläufe von politisch aktiven Frauen am Land

Bäuerinnenorganisation

- Ortsbäuerin
- Bezirksbäuerin
- Landesbäuerin
- Gemeinderätin
- Präko
- Landtag
- ÖVP, Bauernbund (Land, Bund)

Landjugend

- Lw. Landjugend-Ref.in
- Gemeindebäuerin
- Bezirksbäuerin
- Landesvorstand Maschinenring
- Kulturelles f. Gemeinde
- Dorfentwicklung

Gemeinderat

- Gemeinderätin
- Vizebürgermeisterin
- Landesrätin
- EU-Abgeordnete

Ehrenamt

- Kath. Jungschar
- Frauenbewegung
- Bezirksleiterin
- Gemeinderat
- ÖAAB-Frauen
- Nationalrätin

Quelle: Oedl-Wieser 2006

Abb. 3: Karriereverläufe von politisch aktiven Frauen in ländlichen Regionen

für eine höhere politische Karriere ist (Steininger 2000; bmfsfj 2008; Kletzing 2009). Die Auswertung der Ergebnisse der gegenständlichen Studie zeigt, dass 20% der Befragten in ihrer Gemeinde als Gemeinderätinnen aktiv sind. Bei den befragten Bäuerinnen wird deutlich, dass auch das Engagement in der Bäuerinnenorganisation ein Sprungbrett für eine Kandidatur in den Gemeinderat darstellen kann. Weiters sind viele befragte Bäuerinnen (Bezirksbäuerinnen oder Kammerrätinnen) in politische Organisationen auf allen räumlichen Ebenen eingebunden. Diese Ergebnisse unterstreichen die Wichtigkeit der lokalen Ebene für den Einstieg von Frauen in das politische Leben. Die politische Tätigkeit in der Gemeinde, verbunden mit der Sammlung von Erfahrung auf der lokalen Ebene ist sehr wesentlich für den Aufstieg in höhere politische Ämter. In Abb. 3 sind exemplarisch politische Karriereverläufe von Frauen dargestellt.

5.3 Eigenschaften für eine erfolgreiche politische Arbeit

Als sehr wichtige Eigenschaften und Fähigkeiten für effiziente und zielorientierte politische Arbeit wurde von den Befragten die Kommunikationsfähigkeit (72%), die fachliche Kompetenz (60%) sowie die Teamfähigkeit (60%) bewertet. Des Weiteren wurden die Kategorien Zivilcourage, Konfliktfähigkeit, visionäres Denken sowie Kompromissfähigkeit zu 50% als sehr wichtig angesehen. Da Frauen in den meisten Fällen für die Versorgungsarbeit in der Familie noch immer zuständig sind und sich dieser Umstand in einem sehr geringen Zeitbudget für politisches Engagement niederschlägt, wurde nach Übernahme von Verantwortung durch den Partner für die Versorgungsarbeit und nach der Unterstützung des sozialen Umfeldes gefragt. Nahezu drei Viertel der befragten Frauen gaben an, dass sich der Partner an der Versorgungsarbeit beteiligt. Weitere Unterstützung leisten auch Eltern sowie die eigenen Kinder, während familienfremde Hilfe nur von etwa 10% der Befragten regelmäßig in Anspruch genommen wird.

5.4 Erfahrungen mit politischer Arbeit

Da es sich beim Thema politische Partizipation von Frauen in ländlichen Regionen um ein exploratives Forschungsfeld in Österreich handelt, waren die Aussagen der Befragten hinsichtlich ihrer persönlichen Erfahrungen im Rahmen ihres politischen Engagements sehr wichtig. Es ergab sich ein sehr vielschichtiges Bild. Neben den vielen positiven Erlebnissen und Erfahrungen werden auch die negativen Seiten der politischen Arbeit von den Frauen angesprochen. Als bereichernd haben viele die Gestaltungsmöglichkeiten sowie den Zugang zu Wissen und zu Informationen empfunden.

„Es ist eine große Herausforderung. Ich kann meine Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen, bin motiviert und zufrieden.“ (FB 17)

„Ich habe das Gefühl, in einem kleinen Bereich die Entwicklung mitbestimmen zu können und Anerkennung und Wertschätzung durch andere zu erfahren.“ (FB 223)

„Ich habe sehr viel gelernt, ich hatte Einblick in Themen und Sachgebiete, die ich als einfache Bürgerin nie gehabt hätte und ich habe viele Menschen kennengelernt. Ich konnte mit meinem Wissen und Einfluss einigen helfen bzw. unterstützen. Einige Male konnte ich auch manche falsche Entwicklung abwenden.“ (FB 113)

Aber auch die Arbeit und die Begegnung mit Menschen sowie die Erfüllung, Wertschätzung und Anerkennung durch die politische Arbeit wurden von den Befragten als wesentliche positive Aspekte ihrer politischen Tätigkeit genannt. Darüber hinaus sind die Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit, die sich u.a. in einem gesteigerten Selbstvertrauen äußert und die Verwirklichung eigener Vorstellungen unterstützt, wesentliche positive Erfahrungen.

„Persönliche Weiterentwicklung in allen Bereichen der Kommunikation, Selbstbestätigung und Erfolg.“ (FB 228)

„Selbstverwirklichung, der Umgang mit vielen Menschen ist positiv, Spaß, Möglichkeit im unmittelbaren Lebensbereich vieles verändern zu können.“ (FB 39)

Wenngleich die positiven Erfahrungen in den Antworten überwiegen, wurde auch von negativen Erfahrungen berichtet in Hinblick auf Stress, Druck, Hektik und Belastung durch die Vereinbarung von Politik, Familie und Beruf. So werden beispielsweise der *„Verlust an Nähe zu den Kindern und zum Partner“* (FB 250) oder die mangelnde persönliche Freizeit durch das unstete Leben und die Vereinbarungsproblematik als sehr belastende Seiten genannt.

„Steigert mein Selbstwertgefühl, in manchen Bereichen mehr Hintergrundinformationen, manche meiner Ideen und Vorhaben in die Tat umgesetzt, für andere „da“ zu sein, weniger Freizeit, mehr Belastung und mehr Hektik, fast keine Zeit für mich persönlich“ (FB 123)

„Habe mich vor drei Jahren zurückgezogen. Ärger, Stress, keine persönliche Zeit mehr, nur noch für andere da sein, ständig Diskussionen ausgesetzt, Spannung.“ (FB 194)

5.5 Gründe für Unterrepräsentanz von Frauen

Wie unter Pkt. 3 bereits dargestellt wurde, sind die Gründe für die Unterrepräsentanz für Frauen in der politischen Öffentlichkeit vielschichtig und komplex. Als Gründe für die geringe Beteiligung der Frauen in der institutionalisierten Politik bewerteten die Befragten vor allem das familiäre Engagement von Frauen (85%), den Zeitmangel sowie die Männerdominanz in der Politik (je 75%) am höchsten.

„Männer können Abendveranstaltungen leichter wahrnehmen, Frauen haben eben noch Familie und Beruf zu bewerkstelligen.“ (FB 30)

„Männer tolerieren Engagement außerhalb der Familie selten.“ (FB 203)

Im Hinblick auf eine Erhöhung der politischen Beteiligung von Frauen schätzen die Befragten die bewusste Förderung von Frauen in den Parteien und in den Interessenorganisationen sowie insbesondere die politische Bildung für die Jugend (je 80%) als sehr wichtig ein. Quoten für Frauen sowie Quereinsteigerinnen werden von ihnen nur zu einem niedrigen Maße als wichtig für die Erhöhung des Frauenanteils in der Politik angesehen. Darüber hinaus wurden von den Befragten auch Vorschläge unterbreitet, wie der Zugang zu einem politischen Engagement erleichtert werden könnte. So wird die Entlastung der Frauen bei der Versorgungsarbeit als wichtiger Aspekt genannt, die Notwendigkeit der Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema „Frauen in die Politik“ gesehen und an die Solidarität unter den Frauen appelliert.

5.6 Veränderungspotenzial durch stärkere politische Mitbestimmung von Frauen

Die Frage nach möglichen Veränderungen, im Falle, dass mehr Frauen in die Politik gehen würden, brachte vielfältige Antworten. Die Aussagen der Befragten können unter dem Motto: „Die Politik würde insgesamt lebensnaher werden“ zusammengefasst werden. Dieses Zitat spricht viele Aspekte an wie, dass die Politik menschlicher werden würde, soziale Fragen mehr Gewicht bekommen würden und die Verteilungsgerechtigkeit viel weiter oben auf der politischen Agenda stehen würde. Kinder, Frauen und Familien sowie die Friedenssicherung würden nach Meinung vieler Befragter viel wichtiger werden. Es käme sozusagen zu einer Werteververschiebung – „soziale Kompetenz“ versus „neoliberale Notwendigkeiten“.

„Die politische Kultur, in der wir leben, ist patriarchalisch. Mit mehr Frauen in der Politik würde sich das ändern.“ (FB 166)

„Es entstünde ein anderer Politikstil, andere Umgangsformen. Mehr Familien betonend und menschlicher.“ (FB 35)

„Familie und Beruf würden sich besser vereinbaren lassen! Wenn Männer auf die Kinder aufpassen müssten, hätten sie genügend Krabbelstuben, Kindergärten und Horte.“ (FB 151)

Hinsichtlich des politischen Arbeitsstils von Frauen äußern sich viele Befragte, dass dieser im Vergleich zu den Männern effizienter, logischer, flexibler, konsensbereiter und auch toleranter sei. Frauen würden mit einer ganzheitlicheren und zukunftsorientierteren Sichtweise an politische Fragen und Probleme herangehen und die verfügbaren Finanzmittel in einer anderen Zielrichtung einsetzen. Manche der Befragten sind der Meinung, dass mehr Frauen in der Politik durch ihre „andere“ Herangehensweise an Probleme die bisherige männerdominierte Politik ausgleichen könnten. Eine steigende politische Betätigung von Frauen würde die Lebensqualität für die Menschen in den Regionen verbessern.

*„Die Politik würde sich mehr zum Positiven verändern. Weg vom Machtgehabe, hin zu sachlichen Lösungsansätzen.“
(FB 7)*

„Wenn eine Frau sich aktiv in die Politik einbringt, macht sie das 100%ig und nicht nebenbei, so quasi als „Ehrensache“. Frauen gehen Probleme auch von der intuitiven Seite – aus dem Bauch heraus – an. Das bringt oft bessere Lösungen als reine Kopflösungen.“ (FB 18)

*„Bessere und raschere Ergebnisse bei Sitzungen, besseres Klima. Mehr Hausverstand statt stetes Prestigedenken, auch Männer können Vorschläge von Frauen akzeptieren.“
(FB 143)*

Wie aus diesen Aussagen der befragten politisch aktiven Frauen im ländlichen Raum und für den ländlichen Raum hervorgeht, ist das Potenzial zur politischen Mitgestaltung bei Frauen vorhanden. Welche konkreten Maßnahmen können nun zur Erhöhung der politischen Partizipation von Frauen in ländlichen Regionen beitragen?

6. Diskussion

Die Unterrepräsentanz von Frauen in der politischen Öffentlichkeit in ländlichen Regionen wird im wissenschaftlichen und politischen Diskurs als Demokratiedefizit gewertet und zunehmend als Potenzialvergeu-

dung thematisiert. Durch das Brachliegen von Potenzialen von Frauen im ländlichen Raum entstehen gesellschaftliche Kosten, die legislative, ökonomische, soziale, ökologische und demokratiepolitische Aspekte aufweisen (Aufhauser et al. 2003, 164). Die Frage ist, ob eine numerische Erhöhung des Frauenanteils in politischen Gremien in ländlichen Regionen auch gleichzeitig eine qualitative Veränderung von Politikinhalt sowie der politischen Kultur nach sich ziehen würde. Eine geschlechterparitätische Besetzung von politischen Positionen und Gremien muss nicht zwingend zu einer besseren Interessenvertretung von Frauen und benachteiligten Gruppen führen (Hoecker und Scheele 2008, 15). Welche Erwartungen können vor allem auch auf regionaler und lokaler Ebene mit einem verstärkten politischen Engagement von Frauen verbunden werden? Wie können Frauen für politische Mitgestaltung in ländlichen Regionen mobilisiert werden?

Um die politische Partizipation von Frauen auf lokaler und regionaler Ebene zu erhöhen, bedarf es Veränderungen auf vielen Ebenen und bei vielen AkteurlInnen. Dies betrifft sowohl die institutionellen und informellen Politikformen (u.a. Zivilgesellschaft) als auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Gerade in Hinblick auf die akuter werdende Nachwuchsproblematik für politische Ämter auf lokaler und regionaler Ebene muss nach Lösungen gesucht werden, damit das politische Engagement für Bürger und vor allem für die Bürgerinnen attraktiver wird. Viele Frauen vereinbaren heutzutage Beruf und Familie und verfügen aufgrund der vorwiegend von ihnen geleisteten Versorgungsarbeit nur über ein sehr begrenztes Zeitbudget. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür liegt in der geschlechtergerechteren Verteilung der Versorgungsarbeit innerhalb der Familie, d.h. dass die Partner in Zukunft mehr Verantwortung für Kinder und Haushalt übernehmen müssen. Erst durch den Abbau dieser strukturellen gesellschaftlichen Barrieren ist es für Frauen möglich, sich politisch stärker zu engagieren.

Ein weiterer wesentlicher Ansatzpunkt ist die Veränderung der politischen Kultur auf lokaler und regionaler Ebene. Frauen verfügen in der Regel nur über ein begrenztes Zeitbudget und sind daher auf eine effiziente Arbeitsweise und Lösungsfindung in politischer Gremienarbeit angewiesen. Erfahrungen zeigen, dass Frauen mit dem Arbeitsstil in von Männern dominierten politischen Gremien oftmals sehr unzufrieden sind. Sie wünschen sich kooperative und sachorientierte Arbeitsweisen mit erhöhter Effizienz in der Sitzungskultur (Oedl-Wieser 2008b). In

Hinblick auf das bestehende Nachwuchsproblem bei Gemeindepolitikerinnen ist es wichtig, moderne und vereinbarkeitsfreundliche Strukturen zu entwickeln, die den vielfältigen Lebenssituationen und Zeitbudgets unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht werden (Kletzing 2009).

Für eine stärkere Mitwirkung von Frauen in der lokalen politischen Arbeit bedarf es erfahrungsgemäß oft einen Anstoß von außen, d.h., dass Frauen bewusst zur Mitarbeit in der lokalen Politik eingeladen werden. Auch ist es erforderlich, dass in den Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine gezielte Förderung von Frauen und Jugendlichen erfolgt, also von jenen Gruppen, die bislang noch nicht so stark ins politische Geschehen involviert sind. Darüber hinaus ist es unumgänglich, die Nominierungspraktiken in den Parteien nachhaltig zu verändern und die Diskussion über Quoten für Frauen in lokalen und regionalen Entscheidungsgremien ernsthaft zu führen (Holtkamp und Schnittke 2010, 29; Oedl-Wieser 2010, 32). Schlussendlich bedarf es gezielter Unterstützungs- und Vernetzungsangebote, um die Chancen der Frauen auf politische Mitgestaltung zu erhöhen. Ein sehr gutes und in österreichischen Bundesländern langjährig erprobtes Konzept zur Erhöhung der politischen Partizipation in ländlichen Regionen sind etwa die so genannten Politiklehrgänge für Frauen, die jenseits von Parteipolitik Bildungsmodule für politikinteressierte Frauen anbieten. Wichtig wird es sein, dass Frauen die Möglichkeit der politischen Gestaltung zusehends als Chance sehen, auch für ihre persönliche Entwicklung, und dass dadurch die politische Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene attraktiver und zeitgemäßer gestaltet wird.

Literatur

Aufhauser, E., Herzog, S., Hinterleitner, V.; Oedl-Wieser, T., Reisinger, E., 2003: Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Hauptband. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien.

BKA (Bundeskanzleramt), 2010. Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Kapitel 6: Frauen im ländlichen Raum, 291-316.

bmfsfj (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), 2008. Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen. Kommunalpolitikerinnen im Porträt. Berlin.

BMLFUW (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), 2007. Österreichisches Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007–2013. Fassung vom 14. 12. 2009. Wien.

BMLFUW (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), 2009. Der Grüne Bericht 2009. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Wien, 86-87.

Bock, B. B., Derkzen, P., 2008. Barriers to Women's Partizipation in Rural Policy Making. In: Asztalos Morell, I., Bock, B. B. (eds.). Gender Regimes, Citizen Participation and Rural Restructuring. Elsevier, Amsterdam, 263-282.

Bourdieu, P., 1983. Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, 183-198.

Connell, Robert W., 2006. Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. VS Verlag, Opladen.

Damyanovic, D., Wotha, B. 2010. Die Bedeutung von Geschlecht im Veränderungsprozess Ländlicher Räume. Bauriedl, S., Schier, M., Strüver, A. (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn. Westfälisches Dampfboot, Münster, 75-99.

Fuchs, G., 2008. Politik: Verfasste politische Partizipation von Frauen. In: Becker, R., Kortendiek, B. (Hrsg.). Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 539-546.

Fuchs, G., Hoecker, B., 2004. Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten. <http://library.fes.de/pdf-files/id/01931.pdf> (29.5.2007)

Geißel, B., 2004. Konflikte um Definitionen und Konzepte in der gender-orientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick. Discussion Paper Nr. SP IV 2004 – 403. Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin. <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2004/iv04-403.pdf> (5.11.2005)

Haller, B., 2001: Unkonventionelle politische Akteurinnen? Zum politischen Partizipationsverhalten von Frauen. In: Markovits, A. S., Rosen-

berger, S. K. (Hg.). Demokratie. Modus und Telos. Beiträge für Anton Pelinka. Wien, 159-172.

Heintel, M., 2006. Regional Governance: Modetrend oder brauchbare Theorie? In: Wirtschaft und Gesellschaft 32. Jg. Heft 3. Wien, 345-367.

Hoecker, B., Scheele, A. 2008. Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation. Einleitung. In: Femina Politica. 02/2008, 9-20.

Holtkamp, L., Schnittke, S. 2010. Die Hälfte der Macht im Visier. Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.

Kletzing, U., 2009. Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. APuZ 50/2009, 22-28.

Little, J., Jones, O., 2000. Masculinity, Gender, and Rural Policy. In: *Rural Sociology*, Vol. 65, 4, 621-639.

Ludwig, G., Sauer, B., Wöhl, S., 2009. Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen. Eine Einleitung. In: Ludwig, G., Sauer, B., Wöhl. Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Nomos, Baden-Baden, 11-27.

OECD, 1994. Creating rural indicators for shaping territorial policy. Paris.

Oedl-Wieser, T., 2006. Frauen und Politik am Land. Forschungsbericht Nr. 56 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

Oedl-Wieser, T., 2008a. The Rural Gender Regime: The Austrian Case. In: Asztalos Morell, I., Bock, B. B., (eds.): Gender Regimes, Citizen Participation and Rural Restructuring. Elsevier, Amsterdam, 283-297.

Oedl-Wieser, T., 2008b. Einziehen – einmischen – mitmischen. Leader „neu“ – Impulse für mehr Geschlechterdemokratie. In: zoll+. Nr. 12, 16-18.

Oedl-Wieser, T., 2010. Ermächtigung und Partizipation. Frauen und Politik. In: Raum. Österreichische Zeitschrift für Raumplanung und Regionalpolitik. Nr. 77, 30-32.

Pelinka, A., Rosenberger, S., 2003. Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien.

Resch, A., Dax, T., 2009. Der EAGFL im Rahmen von Österreichs Regionalpolitik 1995-2007. ÖROK Schriftenreihe, Wien, 162-196.

Sauer, B., 2003. Staat, Demokratie und Geschlecht – aktuelle Debatten. www.gender-politik-online.de/ (26.10.2005)

Shortall, S., 2006. Gender and Rural Politics. An Overview. In: Bock B. B., Shortall, S. (eds.): Rural Gender Relations. Issues and Case Studies. CABI Publishing, Wallingford, 217-223.

Siebert, S., 2009. Gender Balance in Scottish Local Authority Councils. In: Public Policy and Administration, Vol. 24, No. 2, 175-193.

Steininger, B., 2000. Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation: In: Pelinka, A., Plasser, F., Meixner, W. (Hg). Die Zukunft der Österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. Wien, 141-167.

Westle, Bettina, 2001a. Gender-Asymmetrien zwischen politischem Interesse, subjektiver politischer Kompetenz und politischer Partizipation. In: Femina politica, Jg. 20, Heft 1, 15-19.

Westle, Bettina, 2001b. Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, A., Wasmer, M., Schmidt, P. (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Leske+Budrich, Opladen, 131-168.

Internetseiten der Bundesländer:

<http://www.burgenland.at/politik-verwaltung/landtag> (28.6.2010)

http://www.ktn.gv.at/39861_DE-LAND_UND_POLITIK-Landtag (21.6.2010)

<http://www.noe.gv.at/Politik-Verwaltung/Landtag.html> (21.6.2010)

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-246ED73A-5B1C9AF7/ooe/hs.xsl/landtag_DEU_HTML.htm (21.6.2010)

<http://www.salzburg.gv.at/pol/landtag.htm> (21.6.2010)

<http://www.landtag.steiermark.at/> (21.6.2010)

<http://www.tirol.gv.at/landtag/> (21.6.2010)

<http://www.vorarlberg.at/landtag/> (21.6.2010)

<http://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/>

<http://www.parlinkom.gv.at> (21.6.2010)

Österreichischer Gemeindebund (2010): Schriftliche Auskunft über den
Stand von weiblichen und männlichen Bürgermeister*innen in Österreich vom
17.5.2010

Kontaktautorin:

Theresia Oedl-Wieser
Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Marxergasse 2/Mez.
AT-1030 Wien

E-Mail: theresia.oedl-wieser@berggebiete.at

